

berufsbildung

Zeitschrift für Theorie-Praxis-Dialog

75
JAHRE



75 Jahre Zeitschrift *berufsbildung*
Werte- und Demokratiebildung





Heftbetreuung:
Karl-Heinz Gerholz
Susan Seeber

blickpunkt

**Wertebildung für die Generation Z:
Kann Klafkis kategoriale Bildung helfen?** 2
Karl-Heinz Gerholz

thema

**Zur Bedeutung der beruflichen Bildung für die politische Partizipation
von Auszubildenden** 3
Robin Busse, Philine Krebs, Susan Seeber und Jürgen Seifried

Wie ist Demokratiebildung an beruflichen Schulen didaktisch zu gestalten? 9
Ergebnisse eines Design-Research Projektes im Bundesland Bayern
Sebastian Ciolek und Karl-Heinz Gerholz

Werterziehung in der kaufmännischen beruflichen Bildung 14
Georg Tafner

**Antidemokratische Herausforderungen für die Demokratiebildung
an berufsbildenden Schulen** 18
Rico Behrens

Moralisches Denken und Urteilen als Teil politischer Kompetenz 23
Martin Kenner

Politische Bildung aus Sicht von ausbildenden Betrieben 27
Tim Fackert und Simone Abendschön

Lerngelegenheiten für Demokratie und Zivilgesellschaft in der kaufmännischen Berufsausbildung 30
Philine Krebs

Demokratiekompetenz als Schlüssel zur Stärkung von Betrieben 34
Impulse zur Weiterentwicklung kompetenzorientierter betrieblicher
und beruflicher Bildung
Silas Kropf

**Politische Bildung und Demokratie-Erziehung im beruflichen Schulwesen
Niedersachsens** 38
am Beispiel einer gewerblich-technischen Berufsschule in Hannover
Dietrich Pukas

interview

Wertebildung an beruflichen Schulen 43
Interview mit Pankraz Männlein, Vorsitzender des Bundesverbandes
der Lehrkräfte für Berufsbildung e. V. (BvLB)

spektrum

**Berufsorientierung und Berufseinmündung für Menschen mit Migrations- und
LGBTQI*-Hintergrund** 46
Intersektionalität als Analysedimension von Diskriminierungen
Anna Schlärmann, Kirsten Rusert und Margit Stein

**Wir machen das zusammen oder:
Worin unterscheiden sich individuelle und kollaborative
Aufgabenbearbeitungen in der kaufmännischen (Berufs-)bildung?** 49
Beifang Ma, Jessica Paeßens und Esther Winther

magazin

**One fits all?
Community Service Learning in Kanada** 54
Silvia Annen

Rezensionen 57

Trauer um Prof. Dr. Jörg-Peter Pahl 60
Nachruf von Franz Ferdinand Mersch und Volkmar Herkner

Vorschau • Impressum 61

Wertebildung für die Generation Z: Kann Klafkis kategoriale Bildung helfen?

Die Geburtenjahrgänge zwischen 1995 und 2010 kommen in der beruflichen Bildung an. Sie werden als *Generation Z* bezeichnet. Diese Generation ist von Kindheit an in einer digital vernetzten Welt aufgewachsen. Der ständige Zugang zu Informationen und (politischen) Meinungen über das Internet sowie die virtuelle Vernetzung ist gelebter Alltag für sie. Die Generation Z ist es gewohnt, gleichzeitig in der virtuellen wie physischen Welt aktiv zu sein. Ein Großteil der Sozialisation findet in der virtuellen Welt statt, was nicht ohne Folgen bleibt, wie Lernprozesse erlebt und Informationen verarbeitet werden: Die Generation Z ist *multitaskingfähig*, indem sie schnell zwischen unterschiedlichen Kanälen und Medien wechselt. Sie hat eine hohe *Social Media-Affinität*, indem der Startpunkt für die Informationsbeschaffung häufig das Internet ist. Lerngegenstände werden sich meist *kollaborativ* im Austausch mit Peers v. a. über Social Media erschlossen. Lernen hat für diese Generation zu gewissen Teilen einen *Entertainmentcharakter*, indem sie bei der Darbietung von Lerngegenständen auch unterhalten werden möchten (im Überblick: Gerholz, K.-H. & Schlottmann, P. (im Druck). *Microlearning als ein didaktisches Konzept für die Studierendengeneration Z – Eine Empirische Fallstudie in der beruflichen Lehrerinnen und Lehrerbildung*. In Gerholz, K.-H. et al. (Hrsg.). *Digital Literacy in der beruflichen Lehrer:innenbildung*. Bielefeld: wbv.)

Wenngleich die aufgezeigten Facetten nur einen Ausschnitt der Lebenswirklichkeit der Generation Z darstellen – auch schulische wie außerschulische Lernorte (z. B. Freiwilligenarbeit) sind weiterhin relevant –, deckt die virtuelle Welt mit ihrem Informationsangebot doch einen Großteil der Aktivitäten dieser Generation ab. Dabei wird vermutet, dass die Schnelllebigkeit von Inhalten in Social Media-Umgebungen und die Fähigkeit, schnell zwischen verschiedenen Aufgaben und Informationsquellen zu wechseln, mit dem Verlust der Fähigkeit einhergeht, zwischen relevanten und irrelevanten Reizen und Informationen zu differenzieren. Hierfür stehen insbesondere die Phänomene der Filterblasen und Echokammern.

Inhalte in Social Media-Plattformen sind zunehmend personalisiert. Algorithmen werten das Nutzer*innenverhalten aus und personalisieren darüber die dargebotenen Informationen. Filterblasen entstehen um eine Person herum, indem Algorithmen die Nutzer*innen mit den Informationen versorgen, welche zu den bisherigen Interessen und dem Social Media-Verhalten passen. Echokammern entstehen wiederum durch gruppenspezifische Prozesse, indem Individuen mit Gleichgesinnten ihre Netzwerke bilden und sich ihre gegenseitigen Ansichten und wertorientierten Meinungen bestärken. Andere Perspektiven finden somit gar keinen Zugang mehr.

Für eine breit angelegte Wertebildung im Rahmen von beruflichen Bildungsprozessen scheinen dies keine guten Voraussetzungen zu sein. Die jungen Menschen leben größtenteils in ihrer eigenen, virtuellen Welt, welche vor allem durch die Algorithmen gesteuert wird, und orientieren sich an ihren Überzeugungen, welche von ihren social peers verstärkt werden. Die reflexive Betrachtung derselbigen wird durch die Echokammern verhindert.

So nachvollziehbar die Phänomene wie Filterblasen und Echokammern sind, die Ergebnisse der empirischen Forschung (Stark, B. et al. (2021). *Maßlos überschätzt. Ein Überblick über theoretische Annahmen und empirische Befunde zu Filterblasen und Echokammern*. In Eisenegger, M. et al. (Hrsg.), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit* (303-321). Wiesbaden: Springer) zeigen auf, dass deren tatsächliche Wirkung nur gering ist. Für Echokammern müssten Individuen möglichst homogene Netzwerke haben, in der Realität sind diese aber vielfältiger und heterogener. Für Filterblasen würde es bedeuten, dass die Individuen gar nicht an vielfältigen und komplexen Inhalten interessiert sind, was aber selten der Fall ist. Darüber hinaus zeigt sich, dass viele Nutzer*innen weniger über politische Informationen in Kontakt mit anderen in der virtuellen Welt kommen oder explizit danach suchen.

Mit anderen Worten kommen die jungen Menschen zwar über die virtuelle Welt mit unterschiedlichen Wertesysteme-

men und politischen Anschauungen in Berührung, diese verfangen aber nicht direkt in dem Sinne, dass nur einer Richtung gefolgt wird. Damit kommt der reflexiven Verarbeitung der Informationsflut und der Wertevielfalt eine besondere Bedeutung zu. Die Lernsubjekte – die jungen Menschen – müssen in der diskursiven Auseinandersetzung um normative sowie subjektive Wertevorstellungen unterstützt werden. Weniger das Lernobjekt – die Vermittlung von Werten – sollte im Vordergrund stehen. Es geht um Wertebildung und nicht um Werteerziehung. Hierbei kann das Konzept der kategorialen Bildung als ein didaktischer Orientierungsrahmen im Sinne der Verschränkung von formaler und materialer Bildung hilfreich sein. Die Unterstützung der Werteentwicklung und -reifung bei Menschen in der beruflichen Bildung steht im Vordergrund und eben nicht die Aneignung von Werten. Hierfür bedarf es Räume für Dialog, Diskussion und Diskurs in beruflichen Bildungsprozessen, um die Erfahrungen in der virtuellen und physischen Lebenswelt zu verarbeiten und eine Positionsbildung bei den Lernenden zu unterstützen.

Für die Gestaltung von Lernumgebungen im Bereich Wertebildung sind im Sinne einer Lebensweltorientierung die Präferenzen der jungen Menschen – der Generation Z – aufzunehmen. Das Angebot von Räumen zum Dialog und Diskurs kann durch Unterstützung digitaler Medien und die Integration unterschiedlicher Kanäle zur Kollaboration umgesetzt werden. Die Unterstützung der Lernprozesse kann über unterschiedliche, kleinere Lernanlässe mit Aktivitätscharakter strukturiert werden. Wird das Konzept der kategorialen Bildung mit den Präferenzen der aktuellen Lernenden-Generation verknüpft, kann nicht nur der Umgang mit Wertevielfalt – ob im Social Web oder der alltäglichen Präsenz – gefördert werden, sondern auch in einer lebensweltnahen Lernumgebung verwirklicht werden.

Prof. Dr. Karl-Heinz Gerholz
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
karl-heinz.gerholz@uni-bamberg.de

Zur Bedeutung der beruflichen Bildung für die politische Partizipation von Auszubildenden

Abstract: (Demokratische) Politische Partizipation ist nicht nur wichtig für den Erhalt unserer Demokratie, sondern auch für den Ausgleich unterschiedlicher Interessen am Arbeitsplatz und für die Gestaltung menschenwürdiger Arbeit. Die berufliche Bildung leistet diesbezüglich einen wichtigen Beitrag zur Förderung und Erhaltung der demokratischen Struktur unserer Gesellschaft, und sie eröffnet vielfältige Möglichkeiten des Lernens für Demokratie und Zivilgesellschaft. Im vorliegenden Beitrag beleuchten wir die Thematik unter Rückgriff auf Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) und zeigen auf, inwiefern die Berufsausbildung zur Entwicklung von politischem Interesse sowie politischer Selbstwirksamkeitserwartungen und –weiterführend– zur politischen Partizipation beiträgt.



Robin Busse



Philine Krebs

Susan Seeber

Jürgen Seifried

Politische Partizipation ist nicht nur bedeutsam für die Stabilität und Weiterentwicklung demokratischer Gesellschaften, sondern sie ist auch bezogen auf den Ausgleich unterschiedlicher Interessen am Arbeitsplatz sowie die Gestaltung menschenwürdiger Arbeit relevant (z. B. Zurstrassen 2020). Aktuelle Entwicklungen in Gesellschaft und Arbeitswelt weisen daher eindrücklich darauf, dass eine zukunftsfähige berufliche Ausbildung – normativ betrachtet – viel stärker als bisher die Mitgestaltung der Arbeitswelt ermöglichen sollte. Dies meint nicht nur die Partizipation und proaktive Mitgestaltung im Kontext beruflicher und betrieblicher Tätigkeit, sondern weiter gefasst auch die soziale und politische Partizipation in einer demokratischen Gesellschaft. Berufsarbeit, Persönlichkeitsentwicklung, politische Einstellungen und Wertorientierungen von Individuen stehen in einem engen Zusammenhang (Greinert 1990, 401), die mit der übergreifenden Zielperspektive beruflicher Ausbildung – der Entwicklung einer reflexiven beruflichen Handlungskompetenz – auch deutlich über den Arbeitsplatz hinausreichen und das Handeln in gesellschaftlichen Kontexten einschließen. Bei Kell (2010) spiegelt sich dies beispielsweise in den Kategorien Tüchtigkeit und Mündigkeit wider. Mit der Kategorie der beruflichen Mündigkeit wird unter anderem die Fähigkeit des/der Einzelnen angesprochen, Unternehmensprozesse kritisch vor dem Hintergrund von demokratiekompatiblen Werten und Normen zu reflektieren, das Handeln der Unternehmen aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive zu bewerten, sich mit politischen Prozessen und Streitfragen auseinanderzusetzen sowie sich proaktiv für die Weiterentwicklung betrieblicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen des demokratischen Miteinan-

ders einzusetzen. Insofern ist mit beruflicher Ausbildung gleichfalls ein politischer und demokratieförderlicher Bildungsauftrag verbunden. Insbesondere die (politische) Bildung und die Einübung demokratischer Verhaltensweisen gelten als zentrale Determinanten für die politische Partizipation (z. B. Willeck & Mendelberg 2022).

Die berufliche Ausbildung mit ihren Lernorten (Betrieb, Berufsschule, ggfs. überbetrieblicher Ausbildungsträger) und Sozialisationskontexten eröffnet diesbezüglich vielfältige Lerngelegenheiten für die Entwicklung von Wissen, Fähigkeiten, Interessen sowie Einstellungen und Wertorientierungen, die ihrerseits wichtige Voraussetzungen für die politische Partizipation in der Gesellschaft und Berufs- und Arbeitswelt sind (z. B. Anders et al. 2020). Politische Partizipation umfasst sämtliche Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern „mit dem Ziel politische Entscheidungen zu beeinflussen“ (van Deth 2009, 141). Hierunter fallen Beteiligung an Wahlen, Aktivitäten wie Unterschriftensammlungen, Teilnahme an Demonstrationen oder Boykottaktionen, aber auch die Mitarbeit bei Bürgerinitiativen, Parteien oder Verbänden oder – bezogen auf den beruflichen Kontext – das Engagement für Interessen der Beschäftigten und für Interessensabwägungen verschiedener Stakeholder in den Unternehmen, Verwaltungen und Organisationen. Politische Partizipation beschreibt also Verhaltensweisen, die über ein reines Interesse an Politik hinausreichen und den Handelnden Entwicklungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten eröffnen (ebd.).

Ungeachtet der skizzierten Bedeutung der Thematik finden sich bisher allerdings nur wenige empirische Befunde zum Beitrag der beruflichen Ausbildung und der spezifischen Einflüsse der verschiedenen Lernorte auf die Entwicklung politischer Partizipation. Einige der wenigen vorlie-

genden Studien zeichnen diesbezüglich ein eher pessimistisches Bild. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Bedeutung und systematische Verankerung politischer Bildung im beruflichen Ausbildungskontext (Besand 2014) als auch die Wirkung der Berufsbildung auf die politische Partizipation (Savage et al. 2021). Im nachfolgenden Beitrag beschäftigen wir uns vor diesem Hintergrund mit der Rolle der beruflichen Ausbildung für politisches Interesse, politische Selbstwirksamkeitserwartungen und weiterführend die beabsichtigte politische Partizipation und skizzieren unterschiedliche Wirkmechanismen.

Ansätze zur Beschreibung und Erklärung der politischen Partizipation

Das partizipative politische Handeln wird in aktuellen Ansätzen zur Beschreibung und Erklärung der Politikkompetenz (Detjen, Massing, Richter & Weißeno 2012) in der Kompetenzdimension *Politische Handlungsfähigkeit* erfasst. Neben den Kompetenzfacetten des politischen *Artikulierens und Argumentierens* im Unterricht adressiert diese Dimension auch Prozesse des *Verhandelns und Entscheidens*, die Teil des realen partizipativen politischen Handelns sind (ebd., 87 f.). Die politische Handlungsfähigkeit einer Person ist mit einer weiteren wichtigen Kompetenzdimension, der *politischen Einstellung und Motivation*, eng verknüpft. Elemente wie das politische Interesse und die politischen Selbstwirksamkeitserwartungen gelten in der Partizipationsforschung als wichtige Determinanten des partizipativen politischen Handelns.

In der Politikwissenschaft und Politikdidaktik wurden unterschiedliche Ansätze zur Erklärung der politischen Partizipation entwickelt. Wir beziehen uns nachfolgend auf übergreifende Ansätze zur Erklärung des Zusammenhangs von Bildung und politischer Partizipation. Dabei lassen sich drei Argumentationsstränge ausmachen (siehe Abbildung 1; Persson 2015): das absolute education model, das relative education model sowie das Sozialisationsmodell (pre-adult socialization model).

Unter Rückgriff auf die Annahmen von „Bildung als Ursache“ („absolute education model“) wird davon ausge-

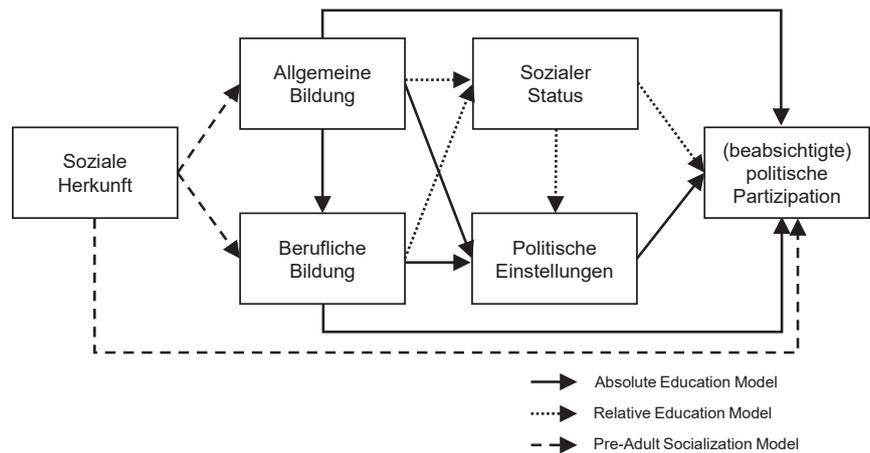


Abbildung 1: Strukturzusammenhänge zwischen Bildung und politischer Partizipation (in Anlehnung an Persson 2015, 690)

gangen, dass Bildung politische Einstellungen (z. B. politisches Interesse) oder auch Fähigkeiten und Kenntnisse fördert, die als Voraussetzung oder zumindest als wichtiger Einflussfaktor der politischen Partizipation zu verstehen sind. Menschen mit höherem Bildungsniveau sind hier stärker an Politik interessiert und eher der Überzeugung, dass sie Entscheidungen im politischen Prozess wirksam beeinflussen können. Allerdings ist die Befundlage nicht eindeutig. Jüngere Studien liefern Belege für die Annahme eines Zusammenhangs zwischen der beruflichen Bildung und dem politischen Engagement. Lischewski et al. (2020) zeigen anhand von Daten aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) und des Nationalen Bildungspanels (NEPS), dass die politische Partizipation je nach Berufsbildungsabschluss stark variiert. Personen ohne Berufsausbildung zeigen auch unter Kontrolle der sozialen Herkunft und des Schulabschlusses beispielsweise eine geringere Wahlbeteiligung als Personen mit Berufsausbildung.

Als Gegenstück zum absoluten Bildungsmodell ist das Modell der frühen Sozialisation (vor dem Erwachsenenalter) zu sehen („pre-adult socialization model“). Es legt nahe, dass die Beziehung zwischen Bildung und politischer Partizipation mit Selbstselektionseffekten erklärt werden könnte; in der Kindheit liegende Faktoren beeinflussen hier sowohl Bildungsentscheidungen als auch die politische Beteiligung im Erwachsenenalter. Bildung steht stellvertretend für Faktoren wie den sozioökonomischen Status der Familie, die politische Sozialisation im El-

ternhaus sowie persönliche Eigenschaften wie kognitive Fähigkeiten (Persson 2015).

Das „relative education model“ („Sorting-Model“, Persson 2015, 692) schließlich geht davon aus, dass Bildung politische Einstellungen indirekt über den sozialen Status beeinflusst, wobei der soziale Status über die Position im sozialen Netzwerk in der Gesellschaft bestimmt wird. Dabei ist es denkbar, dass Personen über einen höheren sozialen Status in Netzwerke gelangen, die durch ein hohes politisches Engagement und Interesse gekennzeichnet sind und diese Haltungen auf neue Mitglieder übertragen. Diese Modellvorstellung gibt eine Erklärung für die paradoxe Beziehung zwischen Bildung und Partizipation auf der Mikro- und Makroebene. Einerseits geht man von einem positiven Einfluss der Bildung auf die Partizipation auf der individuellen Ebene aus. Andererseits scheint ein höheres Bildungsniveau auf der Makroebene aber nicht zu einer Steigerung des Niveaus der politischen Partizipation zu führen. Während also Studien belegen, dass sich Menschen mit höherer Bildung zu einem bestimmten Zeitpunkt in größerem Umfang politisch engagieren, folgt daraus nicht, dass eine Steigerung des Bildungsniveaus in der Gesamtbevölkerung zu einem Anstieg der politischen Partizipation führt.

Die hier skizzierten Modelle sind in der Forschung etabliert, lassen jedoch im Hinblick auf die berufliche Bildung noch vieles offen. Neben der Frage nach dem spezifischen Einfluss politikbezogener Bildungsangebote und Lerngelegenhei-

ten für die Entwicklung politischer Kompetenz an den verschiedenen Lernorten und deren Wirkungen auf politische Partizipation wäre auch jene nach den beruflichen und betrieblichen Sozialisationseffekten auf politische Kompetenzen und Partizipation zu klären. Damit werden jedoch komplexe und anspruchsvolle Modellierungen notwendig, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorliegen. Dies betrifft nicht nur das Studiendesign (hier bedarf es Designs zur Herausarbeitung von kausalen Ursache-Wirkungsbeziehungen), sondern auch Ansätze der Spezifikation der konkreten Lerngelegenheiten an den verschiedenen Lernorten. Diese werden nachfolgend näher umrissen.

Politische Bildung und Partizipation als Zielgröße der beruflichen Ausbildung

Für die duale Ausbildung sind die berufsübergreifenden und berufsspezifischen Ausbildungsziele in den Ordnungsmitteln (Ausbildungsrahmenplan und Rahmenlehrplan für den berufsbezogenen Unterricht und die Rahmenlehrpläne für die allgemeinbildenden Fächer) näher umschrieben. Der betriebliche Ausbildungsrahmenplan enthält für alle ab August 2021 modernisierten oder neu eingeführten Ausbildungsberufe vier berufsübergreifende Standardberufsbildpositionen, in denen eine reflexive berufliche Handlungskompetenz im Sinne einer sozialen bzw. gesellschaftlichen Verantwortung und Mitgestaltung besonders betont wird. Es wird davon ausgegangen, dass sich daraus „auch ein Bildungsauftrag zur Persönlichkeitsentwicklung der Auszubildenden in Richtung einer selbständigen Persönlichkeit, die sich reflektierend und aktiv mit aktuellen gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzt“, ergibt (Bundesinstitut für Berufsbildung 2020, 1). Besonders deutlich wird diese übergreifende Zielstellung in den beiden Standardberufsbildpositionen „Digitalisierung in der Arbeitswelt“ und „Umweltschutz und Nachhaltigkeit“. Beispielsweise sollten Auszubildende in die Lage versetzt werden, Ideen und Pläne für nachhaltiges Handeln im eigenen Arbeitsbereich zu unterbreiten, die auch Auseinandersetzungen mit Zielkonflikten

zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Anforderungen und kommunikative Aushandlungsprozesse einschließen. Zwar sind diese übergreifenden und abstrakten Ziele für die jeweilige berufliche Handlungsdomäne noch zu konkretisieren, es wird jedoch klar, dass politische Kompetenz als Voraussetzung für politische und demokratische Teilhabe und aktive Mitgestaltung der Arbeitswelt gesehen wird.

Insgesamt ist die Befundlage zum Beitrag des Lernorts *Betrieb* für die Entwicklung politischer Teilhabe ausgesprochen dürftig. Aufgrund der unterschiedlichen Strukturen in den Ausbildungsbetrieben ist davon auszugehen, dass sowohl formale als auch non-formale und informelle Lerngelegenheiten zu demokratischer Partizipation eine hohe Heterogenität aufweisen. Schon bei der Frage nach dem Vorhandensein einer Jugend- und Auszubildendenvertretung zeigt sich, dass die Lerngelegenheiten über institutionalisierte Gremien zwischen den Betrieben und in Abhängigkeit von Unternehmensgröße und Branche breit variieren (vgl. Seeber & Seifried 2022, 11). Bedenkt man, dass die meisten Auszubildenden in Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittelgroßen Betrieben ausgebildet werden, dann ist davon auszugehen, dass lediglich eine Minderheit Lernchancen über institutionalisierte Mitbestimmungsgremien hat. Über andere Formen der Mitbestimmung und demokratische Teilhabe von Auszubildenden in den Betrieben liegen kaum systematische Forschungsbefunde vor.

Am Lernort *Berufsschule* eröffnet insbesondere der Politikunterricht (Fachbezeichnungen variieren zwischen den Bundesländern) formale Lerngelegenheiten für politische und demokratische Lerninhalte. Dieser wird durch länderspezifische Lehrpläne geregelt, die „zentrale Mittel zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele“ darstellen und Lehrer*innen nicht nur inhaltliche Kernelemente vorgeben, sondern auch den zeitlichen Rahmen zur Bearbeitung der Lerninhalte abstecken (Besand 2014, 64). Die curriculare Ausgestaltung unterscheidet sich dabei erheblich zwischen den Bundesländern. Zurstrassen (2020) macht allerdings deutlich, dass der Politikunterricht aufgrund verschiedener organisatorischer, curriculärer und personeller Herausforderungen nur eingeschränkt wirksam werden kann.

Aktuelle Erlasse verschiedener Bundesländer (z. B. Niedersachsen) zielen auf die Stärkung der Demokratiebildung an berufsbildenden Schulen ab. Zudem haben viele Bundesländer in jüngerer Zeit erhebliche Veränderungen an den einschlägigen Lehrplänen vorgenommen (z. B. Bayern, Berlin-Brandenburg, Rheinland-Pfalz oder Sachsen). Allerdings gibt es auch Bundesländer, in denen die Lehrpläne mittlerweile fast 15 (z. B. Mecklenburg-Vorpommern) oder sogar 20 Jahre alt sind (z. B. Hamburg). Diese knappen Ausführungen verweisen auf die ausgeprägte Heterogenität in diesem Feld.

Datenbasis

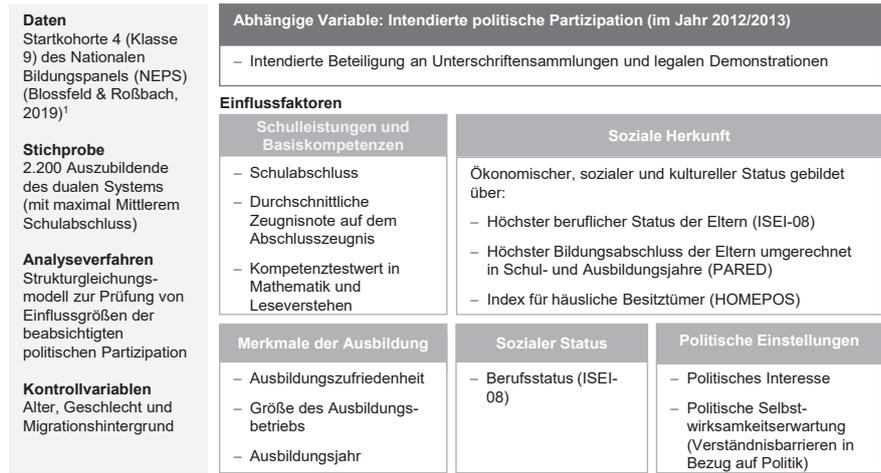
Vor dem Hintergrund der skizzierten Forschungslücke wird nachfolgend die beabsichtigte politische Partizipation von 2.200 Auszubildenden im dualen System auf Basis von Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS, Startkohorte 4; Blossfeld & Roßbach 2019) analysiert. Die Auszubildenden wurden entweder im Jahr 2012 oder im Jahr 2013 zu ihrer beabsichtigten politischen Partizipation befragt. Die meisten Auszubildenden in unserer Stichprobe (93 %) waren zum Zeitpunkt der Befragung unter 18 Jahre alt (Median = 17,4).

Um die theoretisch angenommenen Bezüge zu untersuchen, wird auf eine Strukturgleichungsmodellierung zurückgegriffen. Dabei handelt es sich um ein statistisches Modell, das korrelative Zusammenhänge zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen sowie von überlappenden Strukturen (Variablen, die z. B. erst über eine andere Variable auf die erklärende Variable wirken) untersucht. Als erklärende Größen für Unterschiede in der beabsichtigten politischen Teilhabe fließen hierbei Indikatoren ein, mit denen zentrale Determinanten politischer Partizipation von Auszubildenden gemessen werden sollen (vgl. Abbildung 2). Zur Berücksichtigung des Einflusses der allgemeinen Schulbildung werden Indikatoren der Schulleistungen vor dem Eintritt in die Ausbildung (Schulabschluss und durchschnittliche Zeugnisnote auf dem Abschlusszeugnis) und Testwerte in Basiskompetenzen (Mathematik und Leseverstehen) hinzugezogen. Die soziale Herkunft wird in Anlehnung an die PISA-Studien über den ökonomischen, sozi-

alen und kulturellen Status abgebildet. Zur Operationalisierung des Einflusses der Ausbildung fließen verschiedene Indikatoren ein. Die Ausbildungszufriedenheit wird als ein Indikator für die Ausbildungsqualität herangezogen. Außerdem wird die Größe des Ausbildungsbetriebs verwendet, da aufgrund bestehender Studien zu erwarten ist, dass mit zunehmender Betriebsgröße die Möglichkeiten der Mitbestimmung und Interessenwahrnehmung steigen (z. B. im Zuge von Auszubildenden- und Jugendvertretungen). Zudem wird der Berufsstatus des Ausbildungsberufs berücksichtigt, um den erreichten sozialen Status der Jugendlichen abzubilden. Als Indikatoren politischer Einstellungen fließen das politische Interesse und die politischen Selbstwirksamkeitserwartungen ein. Um die Einflüsse der beruflichen Ausbildung auf die politische Partizipation genauer herauszuarbeiten, werden weitere Faktoren, die auf den Zusammenhang wirken können, wie Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund, kontrolliert.

Ergebnisse

Deskriptive Befunde: Bei den deskriptiven Befunden stellen wir Auszubildende im dualen System gleichaltrigen Schüler*innen von Gymnasien gegenüber. Es zeigt sich, dass zwei Fünftel der Auszubildenden ziemlich oder sehr interessiert an Politik sind (siehe Abbildung 3). Der Vergleichswert für Gymnasiast*innen liegt dagegen mit 45 % mehr als doppelt so hoch. Für 34 % der Auszubildenden ist Politik zudem (ziemlich) häufig mit Barrieren verbunden, die das Verständnis für Politik behindern. Der entsprechende Anteil bei den Gymnasiast*innen ist dagegen nur halb so groß (17 %). Zudem können sich nur ein Drittel der Auszubildenden vorstellen, sich an Unterschriftensammlungen oder genehmigten Demonstrationen zu beteiligen. Bei den Schüler*innen der gymnasialen Oberstufe liegt dieser Anteil um zwanzig Prozentpunkte höher und macht mehr als die Hälfte der Befragten aus. Insgesamt betrachtet verweisen die hier dargestellten deskriptiven Analysen auf vergleichsweise geringe Partizipationsabsichten der Befragten aus dem Bereich beruflicher Ausbildung und deutlich höhere Teilhabebe-



¹ NEPS-Netzwerk (2021). *Nationales Bildungspanel, Scientific Use File der Startkohorte Klasse 9*. Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LifBi), Bamberg. <https://doi.org/10.5157/NEPS:SC4:11.0.0>.

Abbildung 2: Operationalisierung der Variablen in der Strukturgleichungsanalyse

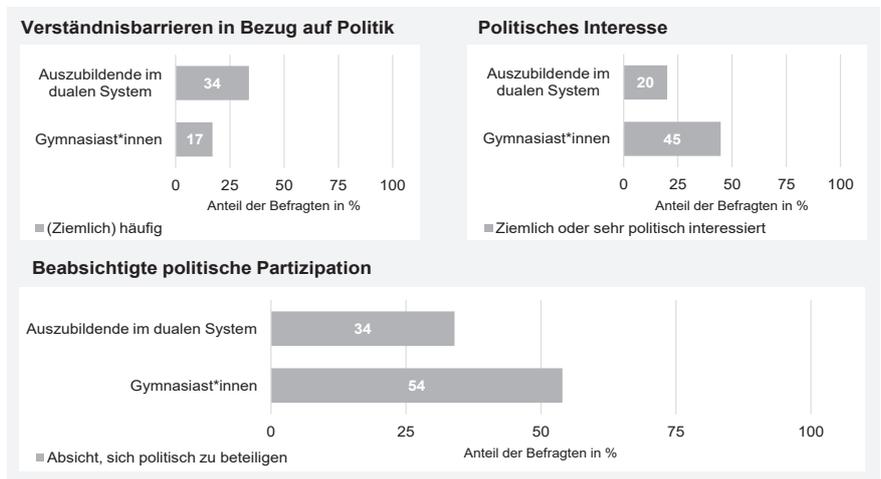


Abbildung 3: Deskriptive Befunde

kundungen durch Schüler*innen gleichen Alters der gymnasialen Oberstufe. In Anbetracht der unterschiedlichen Bildungsbiografien, der Bildungsleistungen und der unterschiedlichen sozialen Milieus, die sich in den verschiedenen Schulformen finden lassen, legen allein die hier vorgestellten Unterschiede in Interessen, Verständnisbarrieren und beabsichtigter Partizipation hypothesenkonform einen Bildungs- und Sozialisationsinfluss nahe. *Befunde der Strukturgleichungsmo-*

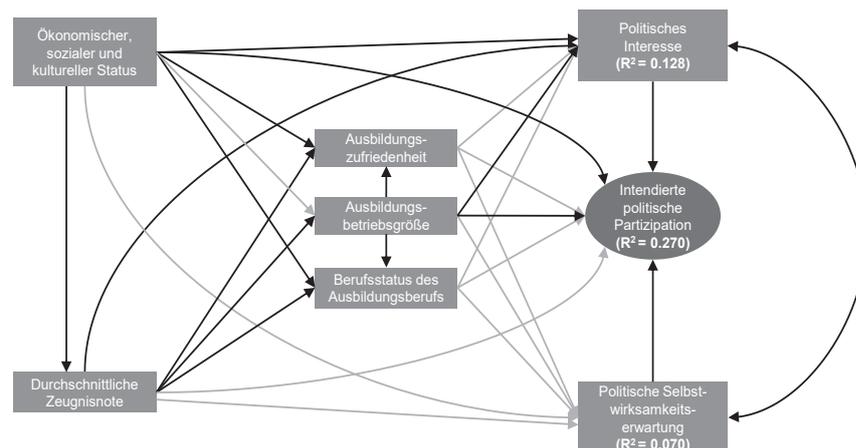
dellierung: Die Strukturgleichungsmo-

dokumentierten (positiven) Einfluss der sozialen Herkunft sowie der allgemeinen Schulbildung sowohl auf wichtige Vorbedingungen der politischen Partizipation (z. B. politisches Interesse) als auch auf die beabsichtigte politische Partizipation. Darüber hinaus legen die Ergebnisse aber auch nahe, dass berufliche Sozialisationsphasen bedeutsam sind. Die Größe des Ausbildungsbetriebs wirkt signifikant positiv auf das politische Interesse und auf die intendierte politische Partizipation: Jugendliche in größeren Ausbildungsbetrieben gaben an, ein höheres politisches Interesse aufzuweisen und häufiger politisch partizipieren zu wollen als Jugendliche aus kleineren Ausbildungsbetrieben. Hier drängt sich die Vermutung auf, dass Selektionseffekte

für diesen Wirkungszusammenhang verantwortlich sein könnten, da in größeren Ausbildungsbetrieben häufiger Jugendliche anzutreffen sind, die partizipationsrelevante Merkmale aufweisen (z. B. eine höhere Schulbildung oder bessere soziale Herkunft). Allerdings werden mithilfe des Strukturgleichungsmodells eben solche bildungsbezogenen und sozialen Unterschiede zwischen Auszubildenden verschiedener Ausbildungsbetriebe rausgerechnet. Entgegen den Annahmen des *relative education models* lässt sich allerdings ein signifikanter Einfluss des erreichten Berufsstatus auf die beabsichtigte politische Partizipation nicht feststellen. Hierbei sei aber auch nochmal daran erinnert, dass sich die befragten Auszubildenden im Durchschnitt erst seit sechs Monaten in ihrer Ausbildung befanden. Bemerkbare Einflüsse eines höheren Berufsstatus dürften weniger kurzfristig als mittel- oder langfristig zu erwarten sein. Auch wenn die Auszubildenden im Durchschnitt zu einem frühen Zeitpunkt in ihrer Ausbildung zu ihren politischen Einstellungen und intendierten Partizipation befragt wurden, ließen sich mit den Analysen auch Gruppenunterschiede zwischen Auszubildenden unterschiedlicher Lehrjahre in den Blick nehmen. Hierbei deuten die Ergebnisse auf einen positiven Einfluss der Berufsausbildung hin, denn Auszubildende in höheren Lehrjahren wollen unter sonst gleichen Bedingungen etwas häufiger politisch partizipieren als Auszubildende, die erst kürzlich die Ausbildung aufgenommen. Schließlich zeigen sich noch die erwarteten Bezüge zwischen den politischen Einstellungen und der intendierten politischen Partizipation. So wirkt sich ein höheres politische Interesse und eine höhere politische Selbstwirksamkeitserwartung signifikant und positiv auf die intendierte politische Partizipation aus.

Diskussion

Ogleich die Befähigung von Auszubildenden zur Mitgestaltung der Gesellschaft über verschiedene aktive Beteiligungsformen vor allem vor dem Hintergrund sozialer, ökologischer, ökonomischer, politischer und globaler Herausforderungen immer wichtiger wird, verweisen die Befunde auf eine ge-



Modellfit: $\chi^2/df = 3.02$; RMESEA = 0.03; CFI = 0.98. **Hinweis:** Schwarze Pfeile kennzeichnen signifikante Pfade ($p < 0.05$), graue Pfeile kennzeichnen hingegen nicht signifikante Pfade ($p > 0.05$). Für den Einfluss von Schulabschluss, Kompetenztestwerte (in Mathematik und Leseverstehen) sowie Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Ausbildungsjahr wurde kontrolliert, aber zur Vereinfachung nicht in die Abbildung aufgenommen.

Abbildung 4: Strukturgleichungsmodell (vereinfacht)

ring ausgeprägte politische Partizipation (siehe auch Kenner & Nickolaus 2018). Unsere Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung vorberuflicher politischer Sozialisationsphasen in der Familie und in der allgemeinbildenden Schule. Die in diesem Beitrag berichteten Ergebnisse legen aber auch nahe, dass strukturelle Merkmale des Ausbildungsbetriebs eine wichtige Rolle spielen können (vgl. auch Mays 2018). Mit unseren Analysen lässt sich allerdings nicht gänzlich klären, ob die mit der Größe des Ausbildungsbetriebs variierenden Mitbestimmungsmöglichkeiten für den Einfluss der Betriebsgröße verantwortlich sind.

Die vorgelegten Analysen unterliegen einigen Limitationen. Zum einen stützen sich die Befunde auf querschnittliche Analysen, die weder kausale Interpretationen noch eine Betrachtung intraindividuelle Entwicklungen der intendierten politischen Partizipation erlauben. Zum anderen wurden komplexe Konstrukte (z. B. politische Partizipation oder politisches Interesse) über nur wenige Indikatoren gemessen, was die Genauigkeit der Messung der Konstrukte einschränkt. Darüber hinaus konnten mit den genutzten Daten des NEPS die Einflüsse der Lerngelegenheiten in der Berufsschule und im Ausbildungsbetrieb nicht berücksichtigt werden. Letzteres wäre ein weites und dringend zu bearbeitendes Forschungsfeld auch mit Blick auf die vielfältigen bildungspolitischen Initiativen zur Förderung von politischer Partizipation in der beruflichen Ausbildung. Hier wären systematische Erkenntnisse über die Wirkung ver-

schiedener Settings bei unterschiedlichen Gruppen an Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen hilfreich, um passgenauere Lernangebote unterbreiten zu können.

Literatur:

- Anders, Y., Daniel, H. D., Hannover, B., Köller, O., Lenzen, D., McElvany, N., Roßbach, H.G., Seidel, T., Tippelt, R., & Wößmann, L. (2020). *Bildung zu demokratischer Kompetenz*. Waxmann. <https://doi.org/10.31244/9783830941811>
- Besand, A. (2014). *Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven*. Schwalbach/Ts.: bpb Verlag.
- Blossfeld, H.-P. & Roßbach, H.-G. (Hrsg.). (2019). *Education as a lifelong process: The German National Educational Panel Study (NEPS). Edition ZfE* (2. Auflage). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-23162-0>
- Bundesinstitut für Berufsbildung (2020). Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 17. November 2020 zur „Anwendung der Standardberufsbildpositionen in der Ausbildungspraxis“. Bundesanzeiger. Veröffentlicht am 22. Dezember 2020, BAnz AT 22.12.2020, S. 1 bis 3. <https://www.bibb.de/dokumente/pdf/HA172.pdf>
- Detjen, J., Massing, P., Richter, D. & Weibeno, G. (2012). *Politikkompetenz – ein Modell*. Wiesbaden: Springer VS.
- Greiner, W.-D. (1990). Das Verhältnis von politischer und beruflicher Bildung. Drei Beziehungsmodelle als Ansatzpunkt für didaktische Überlegungen. In W. Cremer & A. Klein (Hrsg.), *Umbrüche in der Industriegesellschaft. Herausforderungen für die politische Bildung* (401-413). Opladen: Leske + Budrich.

Kell, A. (2010). Berufsbildungsforschung. Gegenstand, Ziele, Forschungsperspektiven. In R. Arnold & A. Lipsmeier (Hrsg.), *Handbuch Berufs- und Wirtschaftspädagogik* (355-367). Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Kenner, M. & Nickolaus, R. (2018). Gesellschafts- und arbeitsbezogene politische Partizipationsorientierungen von Auszubildenden im Dualen System. In S. Manzel & M. Oberle (Hrsg.), *Kompetenzorientierung* (125-137). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Lischewski, J., Busse, R., Seeber, S., & Baethge, M. (2020). Der Einfluss von schulischer, nachschulischer und Erwachsenenbildung auf die politische Partizipation. Ein integratives Modell unter Kontrolle des familiären Hintergrundes. *Soziale Welt*, 71(4), 375-406. <https://doi.org/10.5771/0038-6073-2020-4-375>

Mays, A. (2018). Fördert Partizipation am Arbeitsplatz die Entwicklung des politischen Interesses und der politischen Beteiligung? Eine Analyse mit SOEP – Daten. *Zeitschrift für Soziologie*, 47(6), 418-437. <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2018-0126>

Persson, M. (2015): Education and Political Participation. *British Journal of Political Science*, 45(3), 689-703.

Savage, C., Becker, M., & Baumert, J.

(2021). Unequal Civic Development? Vocational Training and Civic Outcomes in Germany.

AERA Open, 7, 1-12. <https://doi.org/10.1177/233285842111045397>

Seeber, S. & Seifried, J. (2022). Was kann die berufliche Bildung zur Entwicklung demokratischer Kompetenzen beitragen? *bwp@, Profil 7*. https://www.bwpat.de/profil7_minnameier/autorin_profil7.pdf.

van Deth, J. W. (2009). Politische Partizipation. In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch* (141-161). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91422-0_6

Dr. Robin Busse

Georg-August-Universität Göttingen
Professur für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung
robin.busse@uni-goettingen.de

Philine Krebs, M.Ed.

Georg-August-Universität Göttingen
Professur für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung
philine.krebs@uni-goettingen.de

Prof.in Dr.in Susan Seeber

Georg-August-Universität Göttingen
Professur für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung
susan.seeber@wiwi.uni-goettingen.de

Prof. Dr. Jürgen Seifried

Universität Mannheim
Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik –
Berufliches Lehren und Lernen
juergen.seifried@uni-mannheim.de



Digitalisierung als Chance für Lernortkooperationen

Iris Pfeiffer, Thomas Schley, Dominique Dauser (Hg.)

Lernortkooperation in der Ausbildung digital denken?

Befunde und Impulse zur Lernortkooperation im Zeitalter digitaler Bildung

Theoretisch haben Lernortkooperationen in der Berufsbildung eine große Bedeutung, die Umsetzung in der Praxis ist optimierungsbedürftig. Wie das Potenzial des Konzeptes durch die Digitalisierung besser erschlossen werden kann, ist Thema des Bandes.

wbv.de/fbb

24,90 € (D) · ISBN 978-3-7639-7167-1 · Auch als E-Book

wbv Publikation · wbv Media GmbH & Co. KG · service@wbv.de · wbv-publikation.de

